



Soziales

Zahl der Pflegebedürftigen steigt bis 2035 stark an Seite 14

KVJS
**Verbandsvorsitzender
Gerhard Bauer
im Interview**

Seite 4

KVJS
**Armut und
Alter im
Quartier**

Seite 9

Jugend
**Kinder- und Jugend-
hilfe: Innovative
Ideen sind gefragt**

Seite 26

Impressum

KVJS Aktuell
Oktober 2023

Herausgeber:
**Kommunalverband für Jugend
und Soziales Baden-Württemberg**
Öffentlichkeitsarbeit
Lindenspürstraße 39
70176 Stuttgart
www.kvjs.de

V.i.S.d.P.: Sima Arman-Beck

Projektmanagement: Monika Kleusch

Redaktion: Sima Arman-Beck, Julia Holzwarth,
Monika Kleusch, Ulrike von Siegroth

Mit Beiträgen von: Selina Baumelt, Stephan
Gokeler, Andrea Keller, Riva Moll, Nadine Paul

Titelfoto: © CHW - stock.adobe.com

Layout: www.mees-zacke.de

Bestellungen und Adressänderungen:
Telefon 0711 6375-208, publikationen@kvjs.de

Druck: Hausdruckerei KVJS

Redaktioneller Hinweis:

Wir bitten um Verständnis, dass aus Gründen der Lesbarkeit auf eine durchgängige Nennung der weiblichen und männlichen Bezeichnungen verzichtet wird. Selbstverständlich beziehen sich die Texte in gleicher Weise auf Frauen, Männer und Diverse.

Inhalt

KVJS

- 4 Verbandsvorsitzender Gerhard Bauer im Interview
- 7 Neue KVJS-Pflegeschule ist erfolgreich gestartet
- 8 Wie werden Quartiere krisenfest?
- 9 Armut und Alter im Quartier

HABILA

- 10 Vom Praktikum in den Vollzeit-Job
- 12 Engagierte Frauen aus Simbabwe leisten Bundesfreiwilligendienst in Ulm

SOZIALES

- 14 Zahl der Pflegebedürftigen steigt bis 2035 stark an
- 15 Heidrun Meyer neue Leiterin des Referats „Teilhabe und Soziales“
- 16 Wie ermöglichen wir Pflege von morgen?
- 18 Beratung ehrenamtlicher rechtlicher Betreuer neu gedacht
- 19 BTHG: Bilaterale Brückenlösungen

INTEGRATION

- 20 Inklusiver Arbeitsmarkt im Fokus
- 21 Berthold Deusch neuer Dezernent des Integrationsamtes
- 22 TREFFpunkt für ALLE: Markt, Bistro, Manufaktur
- 24 Ein ganz normaler Jobwechsel

JUGEND

- 26 Kinder- und Jugendhilfe: Innovative Ideen sind gefragt
- 28 Forum für Fachkräfte im Übergang von der Schule in den Beruf
- 29 Erfolgreiches Zusammenwirken von Schule und Schulsozialarbeit
- 30 FASD: KVJS leistet wertvolle Aufklärungsarbeit
- 31 Erprobungsparagraf: mehr Flexibilität für individuelle Lösungen

FORSCHUNG

- 32 Forschungsprojekt Frühe Hilfen und Psychiatrie zieht Bilanz

FORTBILDUNG

- 34 Herausforderendes Verhalten multiprofessionell betrachtet
- 34 Fortbildungsprogramme 2024 sind da

NEU ERSCIENEN

- 35 Neu erschienen
- 35 Digitalmagazin ZB



Gerhard Bauer, Verbandsvorsitzender des KVJS.
Foto: © LRA Schwäbisch Hall

Foto: © Julia Holzwarth

Verbandsvorsitzender Gerhard Bauer im Interview

„Wir haben den Verband weiter zu einem modernen Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum für die Stadt- und Landkreise ausgebaut“

Seit 2019 steht Gerhard Bauer, Landrat des Landkreises Schwäbisch Hall, an der Spitze des KVJS. Jetzt zieht er Bilanz und wagt einen Blick in die Zukunft.

Herr Bauer, Ihre Amtszeit fiel in politisch bewegte Zeiten. Corona-Pandemie, Ukraine-Krieg und Fachkräftemangel sind nur einige Schlagworte. Welche Themen haben Sie in Ihrer Amtszeit maßgeblich beschäftigt?

Wenn ich zurückblicke, war die Corona-Pandemie sicherlich mit das bedeutendste Ereignis meiner Zeit als Verbandsvorsitzender. Alleine die unzähligen Corona-Verordnungen, die meist von Sonntag auf Montag in Kraft gesetzt wurden, verdeutlichen die Herausforderungen an die Kommunen einschließlich dem KVJS.

So musste zum Beispiel geregelt werden, unter welchen Voraussetzungen Menschen mit Behinderung noch die Werkstatt besuchen können oder wie eine Quarantäne in der besonderen Wohnform / stationären Einrichtung aussieht.

Die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) ist ein Paradigmenwechsel in der Behindertenhilfe hin zu mehr Selbstbestimmung. Es ist eine hochkomplexe Aufgabe, dies umzusetzen und wir kommen Schritt für Schritt voran.

Auch müssen wir die enormen Herausforderungen aufgrund von Flucht und Vertreibung bewältigen. Besonders betroffen macht mich die Situation von unbegleiteten minderjährigen Ausländern, die in großer Zahl von den Kommunen – mit Unterstützung des KVJS – versorgt und integriert werden müssen.

Der Rechtsanspruch auf die Ganztagesbetreuung für Grundschulkinder wirft auch seine Schatten voraus. Hier müssen jetzt schon die richtigen Weichen gestellt werden.

Sie sprechen es an, die Umsetzung des BTHG ist hochkomplex. Welche Chancen aber auch Herausforderungen sehen Sie für den weiteren Prozess?

Der Eingangs genannte Paradigmenwechsel zu mehr Teilhabe und Mitbestimmung ist von großer Bedeutung. Die Herausforderungen, die mit der Umsetzung einhergehen, sind unbestritten gewaltig.

Natürlich haben wir alle das Ende der Übergangsfrist 31.12.2023 vor Augen. Wir sollen bis dahin alles daransetzen, dass die Menschen mit Behinderungen auch ab 2024 die Leistungen erhalten, die ihnen zustehen. Zwar zeigt die vom KVJS und den Trägern der Eingliederungshilfe gemeinsam praktizierte Beschleunigung bei den Verhandlungen mit den Einrichtungen Wirkung. Aber es fehlt noch eine Fülle von Vertragsabschlüssen. Ein weiterer Punkt sind die BTHG-bedingten Mehrkosten. Wir gehen für 2023 von über 100 Millionen Euro aus, Tendenz weiter enorm steigend. Die notwendige Weiterentwicklung der Bedarfsermittlung muss aufgrund des Fachkräftemangels zu einer deutlichen Reduzierung des Aufwandes führen.

In der Verbandsversammlung 2022 mahnten Sie Bürokratieabbau, Verfahrensvereinfachungen und die Flexibilisierung von Standards an. Nun ist der sogenannte Erprobungsparagraf im Gesetzgebungsverfahren. Eine positive Entwicklung?

Ein „weiter so“ wie bisher kann und darf es nicht geben. Ich möchte an der Stelle nur das Bedarfsermittlungsinstrument (BEI_BW) zum BTHG mit seinen über 40 Seiten nennen. Weder die Einrichtungen noch die Kommunen haben in diesem Umfang die erforderlichen personellen Ressourcen. Ich bin daher sehr dankbar für den Erprobungsparagrafen und möchte alle Beteiligten dazu ermutigen, hiervon Gebrauch zu machen. Dabei sollen vor Ort neue pädagogische und organisatorische Konzepte entwickelt und erprobt werden. Die besten Vorschläge kommen immer von den Praktikern, die täglich mit diesen Aufgaben betraut sind. Es darf aber nicht zu einer erhöhten Überwachungspflicht und einer aufwendigen Erlaubnisprüfung durch den KVJS kommen. Natürlich wünsche ich mir am Ende dieses Prozesses auch, dass das Land diese Vorschläge aufgreift und die Voraussetzungen für eine landesweite Umsetzung geschaffen werden.

Der von Ihnen erwähnte Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder greift ab 2026/27 und richtet sich gegen die Kommunen. Was muss bis dahin passieren, damit eine Umsetzung gelingen kann?

Hier stehen wir erst am Anfang. Ein wichtiger Punkt ist aktuell die Klärung der Zuständigkeit für die Umsetzung. Bis dato sind die Landkreise als Träger der Jugendhilfe zuständig. Aber nur die Schulträger, die Städte und Gemeinden können diesen Anspruch auch erfüllen. Es muss geklärt werden, wie die finanzielle und organisatorische Unterstützung durch das Land aussieht inklusive der Frage der räumlichen Voraussetzungen und der Frage, in welchem Umfang sich das Land an den Investitionen beteiligt. Es muss über sinnvolle interkommunale Kooperationen gesprochen werden. Die Frage der Schließzeiten (Ferien) muss ebenfalls geklärt werden. Außerdem müssen die Entscheidungsbefugnisse der Kommunen gestärkt werden. Leider gibt es auf diese Fragen bisher wenig Antworten und die Zeit drängt. 2026 ist mit Blick auf mögliche Baumaßnahmen ein sehr kurzer Zeitraum und es drohen Klagen von Eltern, die sich zu Recht auf eine Umsetzung ab 2026 verlassen.

Stichwort Bilanz: wie beurteilen Sie die Entwicklung des KVJS in den letzten Jahren?

Insgesamt nimmt der KVJS eine gute Entwicklung. Zusammen mit der Führungsmannschaft des KVJS haben wir den Verband weiter zu einem modernen Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum für die 44 Stadt- und Landkreise ausgebaut. Finanziell wurden kluge Entscheidungen getroffen, um die Mitgliedsbeiträge stabil zu halten.

Welche zukünftigen Herausforderungen sehen Sie für den KVJS?

Es gibt es viele Baustellen. Um nur einige wenige herauszugreifen: Die Kinder- und

Jugendhilfe befindet sich im gesellschaftlichen Wandel. Dabei wird die Umsetzung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes viel Kraft und Koordinierungsaufwand kosten. Ich bin mir aber sicher, dass wir auch diese Reform gemeinsam mit unseren Mitgliedern stemmen werden.

Im Jahr 2035 erreichen die geburtenstarken Jahrgänge die Altersgruppe der über 80-Jährigen. Die Kommunen und der KVJS stehen vor der Herausforderung, für die wachsende Zahl von Senioren und pflegebedürftigen Menschen Strukturen zu schaffen, die ein Älterwerden im vertrauten Wohnumfeld ermöglichen. Es werden Angebote benötigt, die der Vielfalt der Betroffenen in allen Lebensphasen gerecht werden. Dabei geht es nicht nur um pflegerische Dienstleistungen, sondern auch um Angebote im Vor- und Umfeld der Pflege sowie um jene, die pflegende Angehörige entlasten.

Auch die Themen Inklusion und Integration in den ersten Arbeitsmarkt bedürfen der Weiterentwicklung und des Ausbaus.

Eine persönliche Frage zum Schluss: An welches Erlebnis im Zusammenhang mit Ihrer Amtszeit denken Sie immer gern zurück?

Ein einzelnes Erlebnis herauszugreifen, ist schwierig. Was für mich sehr erfreulich war und ist:

Wir hatten von Beginn meiner Amtszeit an immer ein sehr gutes, offenes und vertrauensvolles Miteinander. Dies sowohl mit der Verbandsdirektorin Frau Schwarz, den Dezenten, Referatsleitern des KVJS als auch im Verbandsausschuss und in der Verbandsversammlung. Dafür bedanke ich mich ganz herzlich und freue mich auf die weitere Zusammenarbeit. Es ist mir eine Ehre, den Vorsitz des KVJS innehaben zu dürfen.

Das Interview führte Sima Arman-Beck

Neue KVJS-Pflegeschule ist erfolgreich gestartet

Festakt am Bildungszentrum Schloss Flehingen

Qualifizierter Nachwuchs ist mehr denn je gefragt – besonders im Pflegesektor. Als Kompetenz- und Dienstleistungszentrum engagiert sich der KVJS für die Fachkräfte von morgen – und hat kürzlich seine neu gegründete Pflegeschule feierlich eröffnet.

Samt einem herzlichen Gruß von Verbandsdirektorin Kristin Schwarz richtete Frank Stahl, Sozialdezernent des KVJS, seine Begrüßungs- und Dankesworte an die zahlreichen Gäste, darunter Oberderdingens Bürgermeister Thomas Nowitzki und Schulleiterin Dr. Nathalie Lichy.

Mit Blick auf den Hauptpartner der Initiierung der Schule, dem Pflegezentrum Wiesengrund, das auch als Träger der praktischen Ausbildung fungiert, betonte Stahl die Bedeutung der neuen Bildungseinrichtung für den KVJS. „Die Kooperation im Netzwerk ist der Schlüssel zum Erfolg, weshalb noch weitere Kliniken als Partner wichtig sind, um die volle Kapazität der Ausbildungsplätze ausschöpfen zu können.“

Auf bekanntem Terrain

Aktuell lernen an der Fachschule, deren Unterricht jährlich zum 1. Oktober beginnt, 13 Auszubildende. Maximal 20 Auszubildende fasst eine Klasse. Inhaltlich setzt die Schule auf zwei Schwerpunkte: Neben der Pflege von Menschen, die in ihren Wahrnehmungs-, Kommunikations- und Bewegungsfähigkeiten schwer eingeschränkt sind, liegt der Fokus auf der Freizeit- und Erlebnispädagogik für mobilitätseingeschränkte und von Demenz betroffene Menschen. „Die Pflegeschule ist zwar neu, das Unterrichtsfeld Pflege ist es für unser Bildungszentrum aber nicht“, so Schulleiterin Lichy. Schließlich konnte man durch die Ausbildungskurse zur Heilerziehungspflege von Beginn an auf alles zurückgreifen, was es braucht – ein erfahrenes Dozententeam inklusive.

Sima Arman-Beck / Ulrike von Siegroth

Aus dem Kollegium

Als hauptamtlicher Dozent an der Fachschule für Pflege am Bildungszentrum Schloss Flehingen ist Gunnar Wendlandt seit Juni 2023 mit an Bord. Nach langjähriger Berufslaufbahn in der stationären Langzeitpflege, hat sich der gelernte Altenpfleger und Pflegedienstleiter 2017 für ein Lehramtsstudium an der Universität Heidelberg entschieden. Hier schloss er die Fächer „Gerontologie, Gesundheit und Care“ und „Sport/ Sportwissenschaft“ mit dem „Master of Education“ ab. Nun freut sich Wendlandt darauf, sein Wissen an die staatlich anerkannten Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner von morgen weiterzugeben: „Ich sehe dieser Aufgabe mit Spannung entgegen und möchte die zukünftigen Fachkräfte auf ihrem Ausbildungsweg bestmöglich begleiten.“



Gunnar Wendlandt ist hauptamtlicher Dozent am KVJS-Bildungszentrum Schloss Flehingen. Foto: © privat



QUARTIERS AKADEMIE

Wie werden Quartiere krisenfest?

Wissensvermittlung, Bildung und Kommunikation wichtige Bausteine

Die Koordinierungsstelle Quartiersakademie beteiligte sich bei der Jahrestagung der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit Baden-Württemberg e.V.

Die diesjährige Tagung vom 21. bis 22. September in Mannheim stand unter der Überschrift „Klimagerechte Quartiere und krisensichere Gemeinschaften – Reden ist Silber, Handeln ist Gold“. Rund 80 Teilnehmende erarbeiteten in fünf themenspezifischen Arbeitsgruppen Handlungsempfehlungen für die Praxis.

Die Koordinierungsstelle Quartiersakademie hat zusammen mit dem Institut für angewandte Sozialwissenschaften Stuttgart eine Arbeitsgruppe zum Thema „Wissensvermittlung, Bildung und Kommunikation“ geleitet. Dabei ging es unter anderem um die Frage, wie man noch nicht

erreichte Zielgruppen gut ansprechen kann, damit sie ihre Quartiere mitgestalten können. Ein weiterer Diskussionspunkt war die Frage, wie man Menschen zur Beteiligung empowern kann, die viele Krisen in ihrem Lebensumfeld bewältigen müssen.

Zuschüsse zu Fortbildungen möglich

Zu diesen und weiteren Themen im Rahmen von Quartiersentwicklung gibt es bei der Quartiersakademie ein vielfältiges Fortbildungsangebot. Es besteht die Möglichkeit, dafür finanzielle Unterstützung zu beantragen. Dies gilt auch für die Durchführung von Workshops vor Ort.

Die Quartiersakademie ist Teil des Netzwerks der Landesstrategie „Quartier 2030 – Gemeinsam.Gestalten“, und wird vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg aus Mitteln finanziert, die der Landtag von Baden-Württemberg beschlossen hat. Sie ist angesiedelt beim KVJS.

Andrea Keller

Schauen Sie mal rein:

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.quartiersakademie.de, www.quartier2030-bw.de oder www.kvjs.de

Armut und Alter im Quartier

Neuer Expertentalk und Podcasts der Quartiersakademie

Neben einer neuen Folge der Reihe „Expertentalk Quartiersentwicklung“ gibt es jetzt auf der Webseite der Quartiersakademie auch Podcasts zum Thema Altern und Quartiersentwicklung.

In dem neuen Expertentalk der Quartiersakademie geht es um die Frage, wie man gemeinsam die Lebenslagen von Menschen im Quartier verbessern kann. In dem Video geben zwei Gesprächsgäste aus der Praxis dazu konkrete Vorschläge.

Heike Lipinski vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg stellt die Kommunalen Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut in Baden-Württemberg vor. Sie berichtet, welche Unterstützung die Kommunen beim Aufbau von Präventionsnetzwerken erhalten können.

Sabine Dauderer leitet in Schorndorf unter anderem das Projekt Armutsprävention. Sie beschreibt, welche Erfahrungen die Stadt Schorndorf beim Aufbau von Strukturen zur Prävention von Armut in den Quartieren gesammelt hat. Beide Gesprächspartnerinnen geben Tipps, wie man dieses Thema im Quartier angehen kann und wie man die Menschen, die von Armut betroffen sind, dabei gut beteiligen kann.

Neue Podcasts abrufbar

Wie lässt sich das Thema Altern in der Quartiersentwicklung aufgreifen? Welche verschiedenen Blickwinkel, Fragestellungen und Teilhabemöglichkeiten gibt es? Diesen Fragen haben die Kolping Hochschule Gesundheit und Soziales und die Koordinierungsstelle Quartiersakademie vier Folgen in der Podcastreihe „knowLAGE“ gewidmet.

Zwei der vier Podcasts sind bereits abrufbar. Folge 20 hat das Thema „Homosexualität im Alter“. Darin geht es unter anderem um die

politische Selbstvertretung sowie die Bedeutung unterschiedlicher Milieuzugehörigkeiten oder die Unterschiede, die Stadt und Land für nicht-heterosexuelle Ältere bereithalten. Es werden Anregungen gegeben für eine bedarfsgerechte und beteiligungsorientierte Quartiersentwicklung.

In dem Podcast „Altersarmut“ (Folge 21) berichtet Christiane Blessing-Win von ihrer Arbeit im Verein „altersarmut Ulm nein“. Es geht um Scham und Schuldfragen sowie um Möglichkeiten, vor Ort Hilfestrukturen aufzubauen. Dabei wird beleuchtet, warum Hilfe nicht bei der Finanzberatung stehen bleiben sollte und warum das Quartier eine sinnvolle Bezugsgröße für ein Unterstützungsangebot darstellt.

Hören und sehen

Das Video und die Podcasts sind für Sie ab sofort auf der Webseite www.quartiersakademie.de/materialien-downloads-und-literatur/ abrufbar. Die Podcasts sind ebenfalls hier zu finden: <https://knowlage.de/hoeren/> (Folge 20 und 21).

Monika Kleusch

Landesstrategie „Quartier 2030 – Gemeinsam.Gestalten.“

Die Quartiersakademie ist ein wichtiger Baustein der Landesstrategie „Quartier 2030 – Gemeinsam.Gestalten.“ Sie fördert Menschen, die sich haupt- oder ehrenamtlich in der Quartiersentwicklung engagieren oder engagieren möchten.

Vom Praktikum in den Vollzeit-Job

Gelungene berufliche Inklusion mit Jobcoach-Unterstützung

Das „Café Sozial“ in Tübingen ist eine Anlaufstelle der Stadt für viele Hilfesuchende. Dass sie die richtigen Ansprechpartner finden, dafür sorgt Jurek Pakulski.

Susanne Döffinger ist Jobcoach bei der Habla. Sie unterstützt Menschen mit Behinderung dabei, auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Einer ihrer Klienten war Jerzy Gerard Pakulski, der aber von allen Jurek genannt wird und gerne mit Vornamen angesprochen werden möchte. Neben einer Spastik hat er Beeinträchtigungen beim Hören und Sprechen. Was Susanne Döffinger von Anfang an begeistert hat in der Zusammenarbeit, ist die hohe Eigenmotivation von Jurek. „Er wollte es unbedingt schaffen, hat ein tolles Auftreten und ist sich gleichzeitig seiner Schwächen bewusst“, lobt sie.

Nach der Schule besuchte Jurek den Berufsbildungsbereich der Habla in Rappertshofen. Anschließend bewarb er sich erfolgreich um einen Außenarbeitsplatz der Werkstatt in der Habla-

Verwaltung in Tübingen, wo er Büroarbeiten und Botengänge erledigte. Mehr als zehn Jahre übte er diese Tätigkeiten aus. „Der Impuls für etwas Neues ging von mir aus. Ich muss selber entscheiden, was ich möchte“, sagt Jurek.

Nach zehn Jahren etwas Neues

Mit Unterstützung von Susanne Döffinger schrieb er während der Corona-Zeit viele Bewerbungen, darunter auch eine Initiativ-Bewerbung an die Stadt Tübingen. Uwe Seid ist dort Leiter der Fachabteilung Sozialplanung und Inklusionsbeauftragter. Er habe die Bewerbung erst einmal zur Seite gelegt, weil es keine geeignete freie Stelle gegeben habe, erinnert er sich. Doch mit der Aufstellung eines „Aktionsplans Inklusion“, der einen Schwerpunkt beim Übergang von Menschen mit



Jurek Pakulski hat den Empfang im Café Sozial in Tübingen im Griff.



Habila-Jobcoach Susanne Döffinger.



Uwe Seid, Inklusionsbeauftragter der Stadt Tübingen.
Fotos: © Habla

Behinderung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt setzte, und dem absehbaren Umzug seiner Abteilung in ein anderes Gebäude mit einem Café, habe er Jureks Bewerbung noch einmal hervorgeholt.

Es kam zu einem ersten Gespräch, das in ein Praktikum mündete. „Jurek war von Anfang an Feuer und Flamme“, erinnert sich Susanne Döffinger. Mit Bravour überwand er Hürden und überzeugte die neuen Kolleginnen und Kollegen von seinen Fähigkeiten. „Meine Sprache hat sich verbessert, weil ich viel sprechen muss“, sagt Jurek.

Was wohl anfangs kaum jemand für möglich gehalten hätte: Jurek eroberte für sich den Empfangstresen. Ausgerechnet dort, wo jeden Tag viele Menschen mit und ohne vorherigen Termin erscheinen, nach einem bestimmten Formular oder Ansprechpartner suchen und komplizierte Themen rund um Sozialhilfe, Wohnberechtigungsnachweise und Hilfen für Geflüchtete zu klären sind, fühlte sich Jurek besonders wohl.

Immer neue Kompetenzen entdeckt

Was mit einem Praktikum begann, mündete zu Jahresbeginn in einen unbefristeten Arbeitsvertrag für eine Vollzeitstelle. Auch Postlauf-Arbeiten und die Versorgung von Besprechungsrunden mit Getränken und Brezeln gehören heute zu Jureks Aufgabengebiet.

„Es war ein längerer Prozess, in dem wir gemeinsam immer neue Kompetenzen entdeckt haben“, so Uwe Seid. Berufliche Inklusion sei allerdings kein Selbstläufer, sondern erfordere auch Engagement auf Seiten des Arbeitgebers. Menschen mit Behinderung, die viele Jahre in Institutionen verbracht hätten, müssten aus manchen dort erlernten Verhaltensweisen erst wieder herausfinden.

Integrationsfachdienst und Jobcoach unterstützen

Die Unterstützung von Susanne Döffinger als Jobcoach und von Sofia Schmitt vom Integrationsfachdienst sei dabei eine große Unterstützung gewesen. Von den Erfahrungen profitiert die Stadt auch zukünftig. Vier zusätzliche Stellen für Menschen mit Behinderung wurden im Rahmen des Aktionsplans Inklusion in der Verwaltung geschaffen. Sie richtig auszugestalten und die richtigen Bewerber und Bewerberinnen dafür zu finden, dabei könne er die Kolleginnen und Kollegen nun besser unterstützen, ist Uwe Seid sicher.

Dass sich der Aufwand lohnt, erfährt man im Gespräch mit Jurek. „Ich freue mich, Teil eines supernetten Teams zu sein und mit ihnen lachen zu können“, erzählt er. „Die Kolleginnen und Kunden haben keine Scheu vor mir.“ Selbstbewusster sei er geworden, auch im Privaten. Bekannte würden ihn jetzt als „lebhafter und positiver“ beschreiben.

Stephan Gokeler



Deutschunterricht erhalten sie von Pascal Ongossi Assamba, der an mehreren Habila-Standorten Beschäftigte beim Spracherwerb unterstützt.

Habila Tannenhof: Unterstützung aus Afrika

Engagierte Frauen aus Simbabwe leisten Bundesfreiwilligendienst in Ulm

Sie kannten sich vorher nicht, doch die gemeinsame Zeit im Bundesfreiwilligendienst am Tannenhof hat sie zusammengeschweißt: Tendai Dube und Ayeeshar Francisco aus Simbabwe sind hier Freundinnen geworden.

Tendai Dube arbeitet im Orangen Haus des Tannenhofs, Ayeeshar Francisco wechselt innerhalb ihrer Schicht zwischen Blauem Haus und Tagespflege. Sie richten das Essen her, helfen den Klientinnen und Klienten bei der Körperpflege, unterhalten sich mit ihnen und gehen mit ihnen spazieren. Mehr als 7.500 Kilometer Luftlinie sind es bis zu ihrem Heimatland Simbabwe, einem

Binnenstaat im südlichen Afrika. Für Tendai Dube stand schon länger fest, dass sie einen Freiwilligendienst in Deutschland machen wollte: „Ich habe mir extra Deutschstunden bei einem Privatlehrer genommen“, berichtet sie. In Simbabwe hat sie als Altenpflegehelferin gearbeitet. „Bei meiner Suche im Internet bin ich dann auf den Tannenhof gestoßen.“

Auch Ausländerinnen und Ausländer können am Bundesfreiwilligendienst teilnehmen. Sie müssen dafür von ihrem Heimatland aus einen Visumantrag für den Freiwilligendienst stellen. Im Alltag vieler Einrichtungen, auch der Habila, sind die Bundesfreiwilligen eine Unterstützung, die kaum noch wegzudenken ist. Mit ihren Landsfrauen Dadirayi Nevi und Shamiso Tirnawo sind die Freiwilligen aus Simbabwe am Tannenhof derzeit zu viert.

Neues kennen lernen

Ayeeshar Francisco gefällt besonders das Angebot in der Tagespflege: „Das Häkeln habe ich hier neu gelernt“, erzählt sie. Ihre Cousine hat das Down-Syndrom. Deshalb kann sie die Situation in Deutschland und in ihrem Herkunftsland

vergleichen: „In Simbabwe gibt es keine Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen wie hier. Die Familien kümmern sich um ihre Verwandten.“ Mit ihrem BFD möchte sie auch andere Menschen mit Behinderung unterstützen und Neues dazu lernen. „Wenn ich wieder nach Simbabwe zurückkomme, möchte ich meine Cousine noch mehr in das alltägliche Leben integrieren“, sagt sie.

Wenn sich die beiden über ihre Familien unterhalten, werden sie manchmal traurig: „Die Trennung ist hart. Aber ich denke trotzdem, es lohnt sich. Wir bekommen hier eine tolle Chance, Erfahrungen in einem ganz anderen Land zu sammeln und neue Menschen kennenzulernen“, meint Tendai Dube. Beide könnten sich aber auch vorstellen, länger in Deutschland zu bleiben. Es würde sie reizen, nach dem Freiwilligendienst noch eine Ausbildung zur Pflegefachfrau oder Heilerziehungspflegerin zu absolvieren. Denn die Arbeit macht ihnen Spaß. „Die Menschen sind nett. Immer fragen uns die Leute, wann wir wieder zum Dienst kommen. Und wir haben so viel zu lachen.“

Nadine Paul



Tendai Dube, Shamiso Tirnawo und Ayeeshar Francisco (Foto oben von links nach rechts) absolvieren zusammen mit Dadirayi Nevi (nicht im Bild) einen Bundesfreiwilligendienst am Tannenhof in Ulm. Fotos: © Habila



Mit steigendem Alter wächst auch das Risiko, selbst pflegebedürftig zu werden. Foto: © CHW - stock.adobe.com

Zahl der Pflegebedürftigen steigt bis 2035 stark an

KVJS-Vorausrechnung zeigt Entwicklungstendenzen

Rund 623.000 Menschen in Baden-Württemberg dürften bis zum Jahr 2035 Pflegeleistungen benötigen – eine kräftige Zunahme von 15 Prozent. Ebenfalls deutlich steigt die Nachfrage nach den Versorgungsangeboten. Dies zeigt eine aktuelle Vorausrechnung des KVJS.

Ausgehend vom Jahr 2021 hat der KVJS Orientierungswerte für die zukünftige pflegerische Versorgung in Baden-Württemberg berechnet. Diese liefern einen Überblick, wie viele Menschen zu Hause durch Angehörige, durch ambulante Dienste oder in Pflegeheimen versorgt werden. Demzufolge werden im Jahr 2035 schätzungsweise rund 220.000 Menschen auf professionelle Unterstützung durch ambulante Pflege angewiesen sein oder im Heim leben. Verglichen mit dem Jahr 2021 sind dies 34.000 Menschen mehr – ein Anstieg um 18 Prozent. 331.000 Menschen werden durch Angehörige in der eigenen Häuslichkeit gepflegt und nehmen Pflegegeld in Anspruch. Verglichen mit dem Jahr 2021 sind dies 40.000 Menschen mehr – ein Anstieg um fast 14 Prozent.

Mit Bedarfswerten planen

„Die Stadt- und Landkreise haben die schwierige Aufgabe, für die wachsende Zahl an pflegebedürftigen Menschen bedarfsgerechte Strukturen und Angebote zu schaffen“, sagt KVJS-Verbandsdirektorin Kristin Schwarz.

„Vor allem angesichts der Personalnot ist das eine große Herausforderung“. Um alle 44 Kreise in Baden-Württemberg bei der Versorgungsplanung zu unterstützen, stellt der KVJS ihnen in seinem

Bericht individuelle Orientierungswerte zur Verfügung.

Erst der Anfang

Baden-Württemberg steht dabei erst am Anfang der demografischen Entwicklung: Die geburtenstarken Jahrgänge – und damit auch viele Arbeitskräfte in der Pflege – verlassen nach und nach das aktive Erwerbsleben. Gleichzeitig werden sie in den Folgejahren ab 2035 selbst in die Altersgruppe der über 80-Jährigen hineinwachsen. Da das Pflegerisiko mit zunehmendem Alter steigt, dürfte sich somit auch ab 2035 die Zahl der Pflegebedürftigen weiter stark erhöhen.

„Um die Pflege nachhaltig und zukunftsgerecht abzusichern, braucht es dringend kreative Strategien und Konzepte – und zwar unter Beteiligung aller Akteure: dem Bund, der Länder, Kommunen und Verbände. Besonders in den Fokus gehört die Stärkung des ambulanten, häuslichen Bereichs“, unterstreicht Schwarz. „Dafür braucht es ausreichend barrierefreien Wohnraum, eine aktive Quartiersentwicklung, wohnortnahe, flexible Pflege- und Betreuungsangebote sowie Entlastungsmöglichkeiten für pflegende Angehörige“. Nicht zuletzt spielt Eigenverantwortung eine tragende Rolle: „Quartiere basieren auf dem

Prinzip der Gemeinschaft und nachbarschaftlichen Fürsorge. Es ist wichtig, die Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen und ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass Pflege ein Thema ist, das uns alle betrifft“, so der Appell der Verbandsdirektorin. Die Vorausrechnung der Pflegeleistungen von 2021 bis 2035 zu Ihrem Stadt- oder Landkreis finden Sie im „Fokus Pflege“-Bericht unter www.kvjs.de/KVJS-KDDD.

Was bietet Ihnen der KVJS?

Die Analysen in der Publikation „Fokus Pflege“ sind nur ein Teil des Angebots, das der KVJS für die Kreise vorhält. Um die Kreise dabei zu unterstützen, auf die Herausforderung des demografischen Wandels zu reagieren, bietet er unter anderem an:

- die Pflegeleistungen auf Gemeindeebene vorzurechnen,
- Analysen und Ergebnisse in Kreisgremien, zum Beispiel in der Kommunalen Pflegekonferenz, zu präsentieren,
- zur Kommunalen Seniorenplanung zu beraten, diese zu begleiten und bei der Entwicklung von

kreisspezifischen Handlungsempfehlungen zu unterstützen,

- Analysen und Berichte sowie Forschungsergebnisse, wie zum Ausbau und zur Weiterentwicklung der Kurzzeitpflege in Baden-Württemberg, bereitzustellen,
- Fortbildungen und Austauschplattformen zu organisieren.

Darüber hinaus beschäftigte sich der Verbandsausschuss im Juli 2023 intensiv mit den Gestaltungsmöglichkeiten der Kreise bei der Sicherstellung der pflegerischen Versorgung. Es wurde ein Diskussionspapier entwickelt, das Handlungs- und Gestaltungsfelder beschreibt, die aus Sicht des KVJS beispielhafte Anknüpfungspunkte für die kommunale Pflegepolitik sein können. Beispielsweise nehmen Stadt- und Landkreise sowie Kommunen eine wichtige Rolle ein, indem sie die Koordination von Angeboten und Akteuren übernehmen – etwa im Rahmen der kommunalen Pflegekonferenz oder bei der Quartiersentwicklung. Das vollständige Papier liegt den Mitgliedern in Form eines Rundschreibens vor.

Julia Holzwarth

Heidrun Meyer neue Leiterin des Referats „Teilhabe und Soziales“

Heidrun Meyer hat zum 1. Oktober 2023 die Leitung des Referats Teilhabe und Soziales beim KVJS übernommen. Ihre Laufbahn beim Verband begann 2021 als Referentin für die Eingliederungshilfe mit dem Schwerpunkt Teilhabemanagement für Menschen mit Behinderung. Zuletzt war sie stellvertretende Referatsleiterin. Heidrun Meyer bringt zudem langjähriges Fachwissen und Leitungserfahrung aus einer Tätigkeit bei einem örtlichen Träger der Eingliederungshilfe mit. Zu ihren Aufgaben zählten unter anderem die Verantwortung für die rechtskonforme Umsetzung der Leistungsgewährung, der Aufbau und die Begleitung des Teilhabemanagements sowie die Sozialplanung für Menschen mit geistiger, körperlicher und mehrfacher Behinderung.

Julia Holzwarth



Foto: © privat

Wie ermöglichen wir Pflege von morgen?

Neue Gestaltungswege Thema auf Fachkongress

Die Herausforderungen in der Pflege können wir nur partnerschaftlich lösen – darüber herrschte auf dem Innovationskongress Pflege und Quartier Einigkeit. Den Teilnehmenden bot er eine Fülle an Impulsen und Ideen, wie sich die Pflege der Zukunft gestalten lässt.

Die Veranstaltung im Hospitalhof Stuttgart bildete den Abschluss des Programms D-Care Lab BW 2023, das die Entwicklung sozialer Innovationen fördert und begleitet. Im Zuge dessen haben sich am 20. September Akteure von Kommunen, Institutionen, Unternehmen und Initiativen intensiv mit vielen brennenden Fragen beschäftigt: Welche Möglichkeiten gibt es, um auf den Mangel an Arbeitskräften in der Pflege zu reagieren? Welche Chancen bietet Pflege im Quartier? Inwieweit verbessern Digitalisierung und Künstliche Intelligenz (KI) die Situation für Pflegenden und ältere Menschen?

Von Bauernhof bis Sprachlern-App

Mehrere Teams präsentierten ihre Lösungsansätze, die sie im Rahmen eines „Design-Thinking“-Prozesses in interdisziplinären Gruppen entwickelten. Unter professioneller Anleitung sind dabei zahlreiche Pflege- und Versorgungskonzepte sowie Ideen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen entstanden. Mitunter wurde eine App vorgestellt, die speziell für ausländische Mitarbeitende der Kranken- und Altenpflege berufsbezogene Sprachkurse bietet – zeit- und ortsunabhängig. Eine weitere Gruppe präsentierte ihr bilinguales Sprachsteuerungssystem, das die Pflegedokumentation für fremdsprachiges Personal vereinfachen soll. Die Anwendung von KI ermöglicht eine Entlastung für Menschen mit Sprachbarrieren und sorgt zugleich für Zeitersparnis. Auf großes Interesse stießen auch die weiteren Projekte, wie ein inklusiver Wohn- und Pflege-Bauernhof sowie ein Entlastungs-Angebot für pflegende Angehörige von Menschen mit Demenz.

Personalmangel: Was hilft?

Die Kongressbesucher vertieften zentrale Herausforderungen des Pflege-Sektors im Rahmen von Diskussionsrunden. Eines der brennenden Themen ist und bleibt der Personalmangel. Wie kann die Arbeit für Mitarbeiter attraktiver werden? „Der Spaß muss zurückkehren“, so eine Stimme aus dem Plenum. Dies, so der Teilnehmer, könne man erreichen, indem der Fokus wieder stärker auf der Pflege liegen und man Zeitfresser, wie etwa in der Dokumentation, eindämmen würde. Pflege gehöre zudem stärker in den Mittelpunkt der Gesellschaft: Wenn diese mehr außerhalb des Heimgebäudes und näher an den Lebenswelten stattfände, würde sich die Zufriedenheit der Senioren und der Mitarbeitenden erhöhen. Ein Teilnehmer verwies zudem auf die Verantwortung der Politik, um alternative Berufsbilder und einheitliche Qualifikationsmodule zu schaffen, beispielsweise bei der Anerkennung als Alltagsbegleiter. Nicht zuletzt spielte die Notwendigkeit flexibler Arbeitszeitmodelle eine Rolle, um Fachkräften eine gute Balance von Beruf und Privatleben zu ermöglichen.

Modellprojekte verstetigen

Workshops zum Thema soziale Innovationen rundeten das Tagungs-Programm ab. Auch KVJS-Referatsleiterin Dr. Alexandra Klein brachte ihre Expertise als Referentin ein. Gemeinsam mit Dr. Katja Vonhoff von der Diakonie Baden präsentierte sie den Prototypen als Lösungsidee auf die Frage, wie Modellprojekte erfolgreich verstetigt werden können. Mit Personen aus unterschiedlichen Institutionen wurde hierfür ein eigener „Design Thinking“-Prozess angestoßen. Den interaktiven



Gemeinsam an Innovationen mitwirken: Wie können Projekte verstetigt werden?

Workshop nutzten die Expertinnen dafür, um gemeinsam mit den Teilnehmern daran anzuknüpfen. Sie diskutierten Voraussetzungen für die Verstetigung von Projekten, unter anderem durch die frühzeitige Einbindung politischer Akteure und durch die Integration in Regelstrukturen.

Marktplatz InnoPflegeQuartier

Möglichkeiten der Vernetzung gab es auch abseits des offiziellen Programms: Die Kongressbesucher gingen auf einem Marktplatz mit sozialen Innovato-



Mitarbeitende des KVJS sorgen für spannende Einblicke in die Arbeit des Verbands. Fotos: © Julia Holzwarth

ren und Start-ups ins Gespräch. Der KVJS war gleich mehrfach mit einem Stand vertreten: Als Anlaufstelle für Qualifizierungs- und Beratungsangebote in der Quartiersentwicklung präsentierte sich die Koordinierungsstelle Quartiersakademie. Auch die Fachstelle ambulant unterstützte Wohnformen (FaWo) informierte zu ihren Beratungs- und Unterstützungsleistungen. Beide Stellen sind finanziert aus Landesmitteln und angesiedelt beim KVJS. Die barrierefreie Musterwohnung des KVJS gab es hautnah zum Anfassen: Mittels VR-Brille konnten Interessierte virtuell in Küche, Bad und Co. eintauchen und praktische Hilfsmittel kennenlernen.

Wer steckt dahinter?

D-Care Lab BW wird von der Diakonie Baden-Württemberg und dem Grünhof e.V. sowie gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden, dem KVJS, der AOK und der Liga der freien Wohlfahrtspflege umgesetzt. Die Initiative wird finanziert durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg und kofinanziert durch die Korianstiftung Pflege und würdevolles Altern.

Julia Holzwarth

Beratung ehrenamtlicher rechtlicher Betreuer neu gedacht

Fachtag unter dem Motto „Ermutigen und Voranbringen“

Der Fachtag Querschnittsarbeit bringt alle zwei Jahre zahlreiche Akteure zusammen. Die Themen reichen von der Gewinnung bis hin zur Begleitung und Fortbildung ehrenamtlicher Betreuer. Knapp 100 Teilnehmer nahmen auch dieses Jahr wieder die Gelegenheit zum Austausch und Netzwerken wahr.

Die Veranstaltung des KVJS und seiner Kooperationspartner stand dieses Mal ganz im Zeichen des Themas „Beratung“, das aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet wurde. Bevor die Vorträge und Arbeitsgruppen starteten, stimmte Professor Andreas Scheulen das Publikum musikalisch ein: Mit seinen auf Beratung und Betreuung umgedichteten Liedern zu bekannten Melodien sorgte der Rechtsanwalt für eine lockere Atmosphäre. Ebenfalls zur guten Stimmung trug eine Neuigkeit von Theresa Barth bei: Die Repräsentantin des Sozialministeriums berichtete, dass die angepasste Verwaltungsvorschrift über die Förderung von Betreuungsvereinen nun offiziell verkündet sei. Damit haben Betreuungsvereine Anspruch auf eine erhöhte finanzielle Unter-

stützung. Theresa Barth bedankte sich bei allen Anwesenden für ihren engagierten Beitrag bei der Umsetzung der Betreuungsrechtsreform.

Daniela Grutschnig von der Betreuungsbehörde Ludwigsburg griff in ihrem Impulsvortrag den erweiterten Beratungsauftrag auf. Grutschnig berichtete, dass die Verunsicherung unter den Betreuern nach Inkrafttreten der Reform deutlich spürbar gewesen sei und noch immer großer Erklärungs- und Fortbildungsbedarf bestehe. Für die Zukunft sei unter anderem geplant, die Öffentlichkeitsarbeit und Zusammenarbeit mit dem örtlichen Betreuungsverein zu intensivieren. Ulrike Gödeke vom SKM Diözesanverein Freiburg e.V brachte ein weiteres Thema ein, das die

Akteure im Betreuungswesen intensiv beschäftigt: Die Digitalisierung. Gödeke stellte Möglichkeiten und Herausforderungen der digitalen Querschnittsarbeit vor. Ein Fokus lag auf dem Aspekt des Datenschutzes und der effektiven Mischung aus multimedialen sowie analogen Beratungsinstrumenten.

Viele Blickwinkel

Die rege Beteiligung in einer daran anknüpfenden Arbeitsgruppe verdeutlichte, dass sich die Digitalisierung spürbar auf den Arbeitsalltag aller auswirkt. Der Fachtag bot weitere Möglichkeiten, sich in mehreren Kleingruppen mit einem ausgewählten Aspekt der Thematik zu befassen. Neben der Verbesserung von Beratung Ehrenamtlicher durch gute Netzwerkarbeit wurde Beratung unter anderem im Kontext des Ehegattenvertretungsrechts sowie der unterstützten Entscheidungsfindung diskutiert. Die Teilnehmer tauschten sich über Herausforderungen, Unterstützungsmöglichkeiten, Prozesse und Abläufe aus, auch unter Einbezug regionaler Besonderheiten sowie im Kontext der Modellprojekte zur erweiterten Unterstützung. Der nächste Fachtag Querschnittsarbeit ist für 2025 geplant.

Julia Holzwarth / Selina Baumelt



Bei der Begleitung ehrenamtlicher Betreuer spielen digitale Beratungsinstrumente eine wichtige Rolle.
Foto: © contrastwerkstatt - stock.adobe.com



Gelungener Start in den Tag mit einem kreativen, musikalischen Beitrag.
Foto: © Selina Baumelt



Beratung analog oder digital? Die Mischung macht's. Foto: © Selina Baumelt

BTHG: Bilaterale Brückenlösungen

Die Übergangsregelung zur weiteren Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) in Baden-Württemberg endet mit Ablauf des 31. Dezembers 2023. Bis zu diesem Zeitpunkt werden nicht alle Eingliederungshilfe-Angebote rechtzeitig auf die nach dem Landesrahmenvertrag SGB IX vereinbarten Inhalte umgestellt sein. Die Stadt- und Landkreise als zuständige Träger der Eingliederungshilfe werden in

diesen Fällen mit den Leistungserbringern bilateral auf örtlicher Ebene Umstellvereinbarungen treffen. Dadurch ist sichergestellt, dass ohne Unterbrechungen die Leistungen weiterhin erbracht und die Vergütungen gezahlt werden können. Der KVJS hat gemeinsam mit Landkreistag und Städtetag ein Rundschreiben mit administrativen Hilfestellungen an die Stadt- und Landkreise versendet.

Julia Holzwarth

Inklusiver Arbeitsmarkt im Fokus

Tagung der Fachkräfteallianz Baden-Württemberg

Der Mangel an Personal ist derzeit das Thema bei Arbeitgebern in Baden-Württemberg. Die vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus geschmiedete Allianz für Fachkräfte richtete beim Spitzentreffen im Juli ihr Augenmerk auf den inklusiven Arbeitsmarkt.



Gastgeberin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, baden-württembergische Wirtschafts- und Arbeitsministerin.

„Wir müssen alle Möglichkeiten der Fachkräftesicherung nutzen. Ich werbe dafür, dass die Unternehmen im Land mehr Menschen mit Behinderung eine Beschäftigung anbieten und bei sich integrieren“, erklärte Wirtschafts- und Arbeitsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, die das Spitzengespräch als Gastgeberin moderierte.

Nach der Vorstellung der verschiedenen Förderinstrumente der Agentur für Arbeit berichteten drei Unternehmen von ihren Erfahrungen mit der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen. „Die Leute sind hochgradig motiviert“, beschrieb Martin Singer, Geschäftsführer der Isepos GmbH. „Meine größte Herausforderung war: ich wusste nicht, an wen ich mich wenden sollte.“

Neue Ansprechstelle für Arbeitgeber

Berthold Deusch, Leiter des KVJS-Integrationsamtes, nahm den Ball auf: „Jetzt kümmern sich die

„Ich werbe dafür, dass die Unternehmen im Land mehr Menschen mit Behinderung eine Beschäftigung anbieten.“

neuen Einheitlichen Ansprechstellen für Arbeitgeber.“ Diese Ansprechstellen, kurz EAA genannt, loten Unternehmen zu den richtigen Ansprechpartnern mit den passenden Förderangeboten. Die bei den Integrationsfachdiensten angesiedelten EAA werden auch durch den Verband Unternehmer Baden-Württemberg unterstützt.

Die drei Arbeitgeber auf dem Podium waren sich einig, dass es darauf ankommt, die Barrieren in den Köpfen einzureißen. „Ich glaube, die wichtigste Voraussetzung ist, unser Denken zu ändern“, so Katja Srajek, Personalverantwortliche bei der Stuttgarter GFT Group. „Die größte Herausforderung liegt bei uns, den Gesunden.“

Potenziale erkennen

Bei der anschließenden Diskussion im Plenum zeigte sich, dass in der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt wirtschaftliches wie gesellschaftliches Potenzial gesehen wird, wie Thomas Bürkle, Vizepräsident Unternehmer Baden-Württemberg sowie des Baden-Württembergischen Handwerkstags, deutlich machte: „Inklusion ist ein wichtiges, gesellschaftliches Anliegen, um Menschen mit Behinderung stärker in die Gesellschaft zu integrieren und gleichzeitig das inländische Fachkräftepotenzial zu heben. Hier muss die Gesellschaft noch stärker sensibilisiert und die Wirtschaft unterstützt werden.“



Kai Burmeister, DGB-Landesvorsitzender, stellte fest: „Bestehende Fachkräftemängel und die gute Arbeitsmarktsituation bergen große Chancen, die Inklusion von Menschen mit Behinderungen in Arbeit auch in Baden-Württemberg voranzubringen.“ Burmeister forderte, gerade die großen Betriebe müssten der gesetzlichen Verpflichtung, auf mindestens fünf Prozent ihrer Stellen Menschen mit Behinderungen zu berücksichtigen, endlich nachkommen.

Ministerin Hoffmeister-Kraut bilanzierte abschließend zum Themenblock inklusiver Arbeitsmarkt: „Aus Praxisbeispielen haben wir heute erfahren, wie daraus eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten werden kann.“

Monika Kleusch

In der Diskussion mit Arbeitgebern von Menschen mit Behinderungen: Berthold Deusch, Dezernent KVJS-Integrationsamt (ganz rechts). Fotos: © Leif Piechowski

Die Fachkräfteallianz Baden-Württemberg

In der Fachkräfteallianz Baden-Württemberg, gegründet vom Wirtschaftsministerium im Jahr 2011, sind über 40 Partner vertreten. Dies sind Wirtschaftsorganisationen, Gewerkschaften, die Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit, die kommunalen Landesverbände, Pflegeorganisationen und Sozialverbände, regionale Wirtschaftsfördergesellschaften, der Landesfrauenrat und die Ministerien der Landesregierung.

Berthold Deusch neuer Dezernent des Integrationsamtes



Foto: © Thomas Brenner

Berthold Deusch wurde vom Verbandsausschuss zum neuen Leiter des KVJS-Integrationsamtes gewählt. Deusch war bisher Leiter des Referats

Teilhabe am Arbeitsleben, zuständig für die baden-württembergischen Integrationsfachdienste und Arbeitsmarktprogramme. Von August 2022 bis Juli 2023 führte er darüber hinaus bereits kommissarisch das KVJS-Integrationsamt.

Berthold Deusch ist seit vielen Jahren ein bundesweit anerkannter Experte für die inklusive Teilhabe am Arbeitsleben. Mit dem Programm „Arbeit Inklusiv“ des KVJS und seiner Partner konnten seit 2005 fast 6.000 besonders betroffene Menschen mit Behinderungen der Weg auf den allgemeinen Arbeitsmarkt geebnet werden. Deusch war auch an der Ausarbeitung und ist an der Umsetzung des Landesrahmenvertrages SGB IX beteiligt.

Monika Kleusch

TREFFpunkt für ALLE: Markt, Bistro, Manufaktur

Einkehren und Einkaufen inklusiv im Zentrum von Oberkirch

Oberkirch, die idyllische Kleinstadt im Ortenaukreis, ist vor allem für ihren Obst- und Weinbau bekannt. Kostproben davon gibt es natürlich auch im Treff für alle, dem inklusiven Markt mit Bistro und Manufaktur der Lebenshilfe.



Geschäftsführer mit vielen Ideen: Achim Feyhl.
Fotos: © Monika Kleusch

Der Treffpunkt für alle liegt direkt in der Fußgängerzone des badischen Weinortes. Die großen Fenster geben den Blick auf das helle Bistro und den großzügigen Ladenbereich frei. Aber der Treff bietet nicht nur Gelegenheiten zum Essen, Einkaufen und Stöbern, er bietet auch Arbeitsplätze für zwölf Menschen mit und ohne Behinderungen. Die integrierten Dienste (iD) der Lebenshilfe Offenburg-Oberkirch führen die Kombination aus regionalem Markt, Bistro und Manufaktur als Inklusionsunternehmen.

„Die Kuchen werden von uns vor Ort gebacken“, erklärt Achim Feyhl, in Personalunion Geschäfts-



Regionales im Vordergrund.

führer der Lebenshilfe und des Treffpunkts. Außerdem warten im Bistro Brot, kleine Snacks und täglich drei unterschiedliche Mittagsgesichte auf hungrige Kunden. 22 Plätze stehen für die Gäste bereit. Im Sommer kommen noch weitere Plätze in der Fußgängerzone vor dem Treffpunkt dazu.

Bio und regional

Wer es schafft, das kulinarische Angebot links liegen zu lassen, kann im Markt neben Artikeln aus dem Sortiment des Handelspartners Edeka unter einer Vielzahl regionaler Produkte und Spezialitäten wählen. Oft in Bio-Qualität. Ob Honig, Mehl, Obst oder Edelbrände und Wein: rund 30 Erzeuger aus Oberkirch und Umgebung sind im Markt vertreten. „Die regionalen Produkte sind besonders bei Touristen beliebt“, erzählt Achim Feyhl.

Begehrte sind auch die Kreationen der Manufaktur, die in einem großen Nebenraum des Treffs ihre Werkstatt hat. Die Kunden können dabei zuschauen, wie hier Praktisches und Dekorati-

ves entsteht. Gerade hat die Manufaktur, die zur Werkstatt für behinderte Menschen der Lebenshilfe gehört, guten Stoff für ihre Arbeit. Natürlich aus einem Oberkircher Stoffgeschäft, wenige Gehminuten entfernt. Er wird zu großzügigen Einkaufstaschen, kleinen Beuteln und Topflappen verarbeitet. Selbst für kleine Stoffreste findet sich noch eine kreative Verwendung.



Kreativ und biologisch.

Kreativraum

Überall im Laden finden sich die Kreationen der Manufaktur, wie liebevoll gestaltete Insektenhotels oder Mini-Bollenhüte als Dekoartikel. Schließlich ist man ja im Schwarzwald. Und da darf auch die Tanne nicht fehlen. Kriert aus etwas Holz und grüner Wolle. „Die waren eigentlich nur als Deko im Laden gedacht“, erklärt Feyhls Kollegin Polina Ullrich lachend. „Aber die Kunden haben so oft nachgefragt, ob man sie kaufen kann, dass wir sie ins Sortiment genommen haben.“

Der Kreativraum ist offen für alle: Jede Woche schlägt hier eine inklusive Trommeltruppe ihre Rhythmen. Vierzehntägig gibt es die beliebten Kreativangebote wie Basteln mit Naturmaterialien oder Aquarellmalen. Wer dabei sein will, muss schnell sein. Sie sind meist ausgebucht. Und einmal im Monat kümmert sich ein Reparaturtreff um die Rettung von defekten Elektrogeräten und Fahrrädern, bei denen es nicht mehr so rund läuft. Man trifft sich im Treffpunkt.



Beliebtes Souvenir: Mini-Bollenhüte.

Keine Barrieren

Zum Treffpunkt gehört, dass er für alle erreichbar ist. Barrierefreiheit wird deshalb großgeschrieben. Die 450 Quadratmeter des Markts haben breite Gänge und keine Schwellen. Die Regale sind so hoch, dass auch Rollstuhlfahrer die Artikel ganz oben erreichen können. Wer bei seinem Besuch im Markt Unterstützung möchte, um den kümmert sich eine Einkaufsbegleitung. „Wir wollen maximal barrierefrei sein“, sagt Achim Feyhl bestimmt. Noch sind die Preisschilder an den Regalen nicht optimal für Personen mit einer Sehbehinderung. Es gibt immer was zu tun. Aber bei iD ist man nie um eine Idee verlegen.

Monika Kleusch

Inklusionsfirmen: Unterstützung vom KVJS-Integrationsamt

Knapp 90 Inklusionsfirmen in einer Vielzahl unterschiedlicher Sparten gibt es in Baden-Württemberg. Sie bieten insgesamt knapp 4.800 Arbeitsplätze. 1.800 davon sind mit Menschen mit Behinderungen besetzt.

Das KVJS-Integrationsamt unterstützt die Inklusionsunternehmen mit Beratung und Zuschüssen.

Hier finden Sie die Leistungen des KVJS-Integrationsamts für Inklusionsbetriebe: www.kvjs.de/behinderung-und-beruf/inklusionsbetriebe Und hier stellen sich die baden-württembergischen Inklusionsunternehmen vor: www.iubw.de

Ein ganz normaler Jobwechsel

Technischer Beratungsdienst beseitigt Barrieren für Rollstuhlfahrer

Er ist jung, gut ausgebildet und motiviert: Als Christoph Morstein eine neue berufliche Herausforderung bei Fritsch Elektronik in Achern sucht, müssen erst ein paar Hindernisse aus dem Weg geräumt werden. Und alle packen mit an.



„Bei mir war immer alles ganz normal: normaler Kindergarten, normale Schule – nur bei der Berufsschule musste ich ausweichen auf eine barrierefreie“, erzählt Industriekaufmann Christoph Morstein. Wegen einer Spastik bewegt er sich im Rollstuhl fort. Das ist für ihn auch ganz normal.

Zunächst arbeitete der 26-Jährige einige Jahre in seinem Ausbildungsbetrieb. Doch dann beschloss er: Es ist Zeit für einen Wechsel. Christoph Morstein fand im Internet einen örtlichen Personaldienstleister, den er mit der Suche nach einer interessanten neuen Stelle beauftragte. „Ich konnte nicht jede Firma selbst auf Barrierefreiheit testen“, erklärt er dazu. Denn ein wesentliches Kriterium war, dass er den neuen Arbeitsplatz auch mit seinem Rollstuhl und seinem behinderungsgerechten Auto erreicht kann.

Der Dienstleister schlug Fritsch Elektronik in Achern vor. Das Unternehmen, einer der bundesweit führenden Fertigungsdienstleister für elektronische Komponenten, zeigte großes Interesse an dem Industriekaufmann. Das aus mehreren

Gebäuden bestehende Firmengelände wartete allerdings mit ein paar Hindernissen für Rollstuhlfahrer auf. Christoph Morstein amüsiert sich über seine kleine Irrfahrt beim Vorstellungstermin: Er hatte auf der falschen Seite geparkt. „Ich bin fast komplett ums Gebäude herumgerollt.“ So viel zum Auftakt.

Und nach dem allseitig erfreulich verlaufenen Gespräch? „Habe ich auf dem Parkplatz einen Stunt hingelegt“, sagt Morstein grinsend. Der junge Rollstuhlfahrer hatte eine Bodenwelle nicht richtig eingeschätzt und landete auf dem Rücken „wie ein Käfer“, so seine Beschreibung. „Aber da kamen gleich Leute angerannt und haben mir geholfen.“

Die Barrieren müssen weg

Die Barrierefreiheit für Rollstuhlfahrer insgesamt war bei Fritsch noch ausbaufähig. Der Zutritt zum Gebäude war für Morstein nur über einen Umweg möglich. Und das Team, in das er einsteigen sollte, hatte sein Großraumbüro im ersten Stock. Es gab zwar einen Aufzug, der war aber nur für Lasten zugelassen, nicht für Personen. Für Personalleiterin Simone Homburg waren das Hindernisse, die es zu überwinden galt. „Das gibt’s doch nicht, dass wir ihn nicht hochkriegen“, dachte sie sich und wandte sich an das KVJS-Integrationsamt.

Das Integrationsamt schickte Karl-Heinz Baumert vom Technischen Beratungsdienst (TBD). Der erfahrene Berater empfahl nach gründlicher Prüfung ein ganzes Bündel von Maßnahmen. Um Morstein



Unabhängiger Zugang mit Fernbedienung.
Foto: © Monika Kleusch

den Umweg zu seinem Dienstgebäude zu ersparen, wurde ein für ihn reservierter Parkplatz im Hof in der Nähe des Wareneingangs eingerichtet. Beim Wareneingang gab es bereits eine Rampe, die der Rollstuhlfahrer nutzen kann.

Um Christoph Morstein einen selbstständigen Zugang in das Gebäude zu ermöglichen, wurde das große Rolltor mit einem neuen Antrieb und mit einer Fernbedienung ausgestattet, so dass er das Tor jederzeit selbstständig öffnen und schließen kann. Innerhalb des Gebäudes stellte eine Brandschutztür ein Hindernis dar, für die durch eine Feststallanlage mit Rauchmelder eine Lösung gefunden wurde. Der Lastenaufzug vom Erdgeschoss in das Obergeschoss wurde zum Perso-

nenaufzug umgebaut. Davon profitiert nun auch eine gehbehinderte Kollegin. Zudem wurde eine Toilette umgebaut und dadurch rollstuhltauglich. Verschiedene Türgriffe wurden so angebracht, dass sie auch vom Rollstuhl gut zu bedienen sind. Dabei konnte Morstein seine eigenen praktischen Erfahrungen einbringen.

Pragmatische Lösungen

Der Umbau des Lastenaufzugs verzögerte sich allerdings zunächst. Die Lösung: „Unser Gesellschafter Herr Dr. Baumgärtner hatte mal gesagt, dass man Herrn Morstein zur Not in sein Büro setzen könnte“, so Simone Homburg. Also gab es in den ersten beiden Monaten eine Bürogemeinschaft mit der Geschäftsleitung. „War für die Einarbeitung gar nicht so schlecht“, kommentiert der damals frisch gebackene Fritsch-Mitarbeiter. Sein „Stunt“ vom Vorstellungstag hatte übrigens Eindruck gemacht: „Das ist doch der vom Parkplatz“, erkannten ihn einige Neu-Kollegen zu seiner Erheiterung wieder.

Eine praktische Lösung gab es auch für ein anderes Problem: Wie sollte der neue Mitarbeiter im Falle eines Brandes aus dem ersten Stock evakuiert werden? Der vorgeschlagene Evakuierungsstuhl kam für Morstein nicht in Frage: „Dann bin ich ohne Rollstuhl auf dem Hof und komme nicht weiter!“ Aber wozu gibt es findige Kollegen? Die hausgemachte Lösung bestand in einem soliden Metallstab, der vorne unter den Rollstuhl geschoben wird und an den links und rechts je eine Person anpacken kann, Zusammen mit den hinteren Rollstuhlgriffen entstand so eine Evakuierungs-„Sänfte“ – offiziell abgenommen von der Feuerwehr und der Fachkraft für Arbeitssicherheit.

Dank seiner Eigeninitiative, einem engagierten Arbeitgeber und Unterstützung durch das KVJS-Integrationsamt, ist Christoph Morstein mit seiner Mischung aus Kompetenz, Pragmatismus und Humor genau da, wo er hinwollte: Am richtigen Platz.

Monika Kleusch

Kinder- und Jugendhilfe: Innovative Ideen sind gefragt

KVJS-Analyse als Impulsgeber und Diskussionsgrundlage

Wie ist die Ausgangslage in den Stadt- und Landkreisen? Was zählt bei künftigen Planungen? Die KVJS-Analyse „Kinder- und Jugendhilfe im gesellschaftlichen Wandel. Demografische Entwicklungen und Lebenslagen in Baden-Württemberg“ liefert wertvolle Erkenntnisse. Ein Gespräch mit Dr. Nele Usslepp, Landesjugendamt.

Frau Dr. Usslepp, Baden-Württemberg steht in der Altersstruktur der Bevölkerung vor gravierenden Umbrüchen, so eine Kernaussage des Berichts. Was heißt das konkret?

Das stimmt, Baden-Württemberg ist auf dem Weg in eine alternde Gesellschaft. Die Erkenntnis ist nicht neu, für Entscheidungsträger und Planer vor Ort ist es jedoch wichtig, die aktuellen Daten dieser Bevölkerungsveränderung zu kennen. So zeigen neueste Ergebnisse der regionalisierten Bevölkerungsvorausrechnung des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg, dass etwa die Gruppe der unter 21-Jährigen recht stabil bleiben wird, während das erwerbsfähige Segment im Alter von 21 bis unter 65 Jahren deutlich abnehmen und die Gruppe der ab 65-Jährigen stetig wachsen wird. Zudem sind die Entwicklungen zwischen und innerhalb der Kreise sehr unterschiedlich.



Dr. Nele Usslepp,
Landesjugendamt.
Foto: © privat

Stichwort Lebenslagen: Die KVJS-Analyse untersucht auch die Rolle von diversen familiären Konstellationen. Welche Auswirkungen zeigen sich hier?

Hervorgehoben werden die Lebenslagen, die mit unterschiedlichen Teilhabe- und Lebenschancen einhergehen. Im Bericht zeigen wir, wie sich verschiedene Familienkonstellationen die letzten Jahre in Baden-Württemberg entwickelt haben. Zudem wird beleuchtet, was dies für die Weiterentwicklung der Arbeitsfelder der Kinder- und Jugendhilfe bedeutet. So haben beispielsweise Alleinerziehende gegebenenfalls andere Betreuungsbedarfe als Eltern in Paarbeziehungen.

Eine datenbasierte Weiterentwicklung der hiesigen Kinder- und Jugendhilfe ist Ziel des Berichts: Wie können die Stadt- und Landkreise die Daten für sich nutzen?

Daten ermöglichen es uns, bisherige Entwicklungen oder die aktuelle Ausgangslage sichtbar zu machen und Handlungserfordernisse zu identifizieren. Der Bericht liefert ein realitätsnahes Abbild der Bevölkerungsveränderungen, der Lebenslagen und der Arbeitsfelder

der Kinder- und Jugendhilfe. Somit erhalten die Stadt- und Landkreise einen umfangreichen Überblick über ihre Ist-Situation. Die Erkenntnisse können die Kreise dann mit ihrem Expertenwissen vor Ort zusammenbringen und in Entscheidungs- und Steuerungsprozesse einfließen lassen.

Welche Aufträge lassen sich aus dem Bericht für die Kinder- und Jugendhilfe in der Zukunft ableiten?

Es wird deutlich, dass der gesellschaftliche Wandel die Kinder- und Jugendhilfe vor vielfältige Herausforderungen stellt. Aufgrund unterschiedlicher Entwicklungen und Ausgangslagen, stehen die Stadt- und Landkreise teilweise jedoch vor verschiedenen Aufgaben. Daher beinhaltet der Bericht viele Denkimpulse und Praxisbeispiele, die am jeweiligen Standort für die Weiterentwicklung berücksichtigt werden können.

Welche Herausforderung sehen Sie als zentral an?

Als wesentliche Herausforderung kann die Bewältigung steigender Bedarfe und der bestehenden sowie neuen Rechtsansprüche in Zeiten des Fachkräftemangels genannt werden. Hier sind innovative Ideen vor Ort gefragt. Unser Bericht enthält ein eigenes Kapitel zum Fachkräftemangel beziehungsweise -bedarf und zeigt Denkanstöße und Handlungsmöglichkeiten auf. So werden die planerische Gesamtschau, die Verbesserung der Teilhabe- und Bildungschancen aller jungen Menschen, die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, die Migration und die Digitalisierung immer bedeutsamer.

Auf örtlicher Ebene unterstützt der KVJS die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Ergebnissen des Berichts. Wie geschieht dies?

In Form von umfangreichen, kostenlosen Transferleistungen – für die Stadt- und Landkreise, die Fachöffentlichkeit und Interessierte in Politik oder Verbänden. Unsere Transferleistungen umfassen kreisspezifische Datenaufbereitungen, Vorträge in kommunalpolitischen Gremien oder Fachforen. Je nach Bedarf der Zielgruppe passen wir die Auswahl der Ergebnisse an und bieten arbeitsfeldspezifische Analysen und Vorträge.

Das Interview führte Ulrike von Siegroth

INFO

Der von Dr. Nele Usslepp, Landesjugendamt, verfasste Bericht „Kinder- und Jugendhilfe im gesellschaftlichen Wandel. Demografische Entwicklungen und Lebenslagen in Baden-Württemberg“ liegt in Form einer KVJS-Analyse vor. Bereits seit 2010 nimmt der Verband die Auswirkungen des demografischen Wandels für die Kinder- und Jugendhilfe in den Fokus.

Der aktuelle Bericht beschreibt unter anderem die unterschiedlichen Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen, wie ihre Familienkonstellationen, geht auf die Themen Bildung und Migration ein und beleuchtet den Aspekt des Fachkräftemangels. Erkenntnisse des Berichts sollen die 44 Stadt- und Landkreise sowie die freien Träger bei ihren Planungen der Kinder- und Jugendhilfe vor Ort unterstützen. Abrufbar ist die Publikation unter: www.kvjs.de/jugend/jugendhilfeplanung-und-berichterstattung/demografischer-wandel



Um für andere da zu sein, muss man auch die eigenen Kraftressourcen im Blick behalten. Foto: © Andrii Yalanskyi - stock.adobe.com

Sich selbst stärken, um andere zu stärken

Forum für Fachkräfte im Übergang von der Schule in den Beruf

Für pädagogische Kräfte ist das Arbeiten in Krisenzeiten kein Fremdwort. Corona-Pandemie, Auswirkungen von Fluchtbewegungen, Personalmangel. Das macht den achtsamen Umgang mit den persönlichen Ressourcen zwingend notwendig. Mit einer speziellen Veranstaltung rückte der KVJS dieses Thema in den Mittelpunkt.

„Fachkräfte im Krisendauermodus! Jetzt dürft ihr euch stärken“ war Titel und Versprechen zugleich. Die Kooperationsveranstaltung vom KVJS und der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit Baden-Württemberg machte es deutlich: In einem herausfordernden Arbeitsalltag, der den pädagogischen Fachkräften eine Menge abverlangt, darf die eigene Stärkung nicht vernachlässigt werden.

Mehr Achtsamkeit

„Gerade in Krisenzeiten, zeigt sich, wie wichtig und unvermeidlich Ihr Einsatz ist“, richtete KVJS-Referatsleiterin Marion Steck das Wort an die Teilnehmer: „Da stellt man schon mal die eigene Person in den Hintergrund. Doch braucht es nicht vorerst Selbstachtsamkeit und Bewusstsein für eigenes Können und eigene Ressourcen, bevor es um Stärkung der jungen Menschen geht?“

Neben Fachvorträgen bereicherten Informationen aus dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport das Forum. Auch aus dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus wurde Aktuelles berichtet. Die Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit war ebenfalls mit einem Vortrag vertreten. Zwei Workshop-Phasen setzten anschließend fachliche Impulse und dienten dem direkten Austausch der Fachkräfte untereinander. „Resilient durch Krisen“ war dabei ebenso ein Thema wie die Frage „Was tun bei psychischen Auffälligkeiten?“ „Gemeinsam mit Ihnen möchten wir Methoden ausprobieren, wie Sie eigene Stärken entdecken. Wir möchten Ihnen eine ausreichende Methodenauswahl an die Hand geben, mit der Sie gut ausgerüstet Ihre alltäglichen Fragestellungen bewältigen können“, erklärte Marion Steck. Am Ende dieses Tages stand fest: Versprechen eingelöst!

Ulrike von Siegroth

Im Tandem doppelt wirksam

Erfolgreiches Zusammenwirken von Schule und Schulsozialarbeit

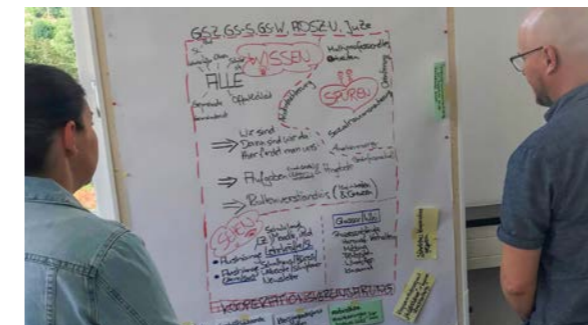
Als Team geht einfach mehr. „Schule und Schulsozialarbeit – die jungen Menschen gemeinsam im Blick“: Unter dieser Maxime stand kürzlich eine Kooperationsveranstaltung des KVJS mit dem Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) in Bad Wildbad.

Kräfte bündeln, Synergie schaffen und voneinander profitieren – so lässt sich die Zielsetzung der zweitägigen Kooperationsveranstaltung zwischen KVJS und ZSL umschreiben. Das Besondere daran: Teilnehmer der beiden Felder Schule und Schulsozialarbeit haben sich gemeinsam fortgebildet. So trafen Lehrkräfte und Schulleitungen auf Fachkräfte der Schulsozialarbeit – als Kinder- und Jugendhilfe am Ort Schule.

Das Potenzial ausschöpfen

„Eine erfolgreiche multiprofessionelle Zusammenarbeit zwischen Schule und Schulsozialarbeit entsteht nicht von selbst. Erst wenn beide Systeme sich in ihrer Unterschiedlichkeit kennen (-lernen), sich auf Augenhöhe begegnen, die Unterschiedlichkeit nutzen und vernetzen, entstehen ein Potenzial und ein Mehrwert, der angesichts der Bedarfe von Schülern dringend gebraucht wird“, so Uwe Straß, Referent der Veranstaltung.

Auf der Agenda standen unter anderem Reflexion und Erarbeitung von Kooperationsinstrumenten.



Ein gemeinsames Ziel im Blick: Kooperationen für die Bedarfe der Kinder- und Jugendlichen.

Termin vormerken

Auch im kommenden Jahr findet die Kooperationsveranstaltung von KVJS und ZSL statt. Vom 12. bis 14. Juni 2024 treffen sich die Fachkräfte in Bad Wildbad. www.kvjs.de

Als Praxisbeispiel diente das Großaspacher Modell der Conrad Weiser Schule, Aspach.

In der Tandemarbeit beleuchteten die Teilnehmenden die Vielfalt ihrer jeweiligen Perspektiven, verschiedene Rollen und Aufträge inklusive. Aus diesen Unterschieden galt es im gemeinsamen Diskurs neue Lösungsansätze und Verfahrensweisen sichtbar zu machen. Dabei standen der kollegiale Austausch unter den Tandems sowie das Mit- und Voneinander Lernen im Zentrum. Zukünftige Kooperationsmöglichkeiten wurden gezielt in den Blick genommen. Vor dem Hintergrund, für die Kinder und Jugendlichen das Bestmögliche zu erreichen, ging es auch darum aufzuzeigen, wie konkrete Vorhaben schrittweise geplant, in die Praxis integriert und für beide Seiten verbindlich gestaltet werden können.

Riva Moll / Ulrike von Siegroth



Schule und Schulsozialarbeit: Die Kooperationsveranstaltung festigte das Teamwork, um zusammen mehr zu erreichen. Fotos: © Riva Moll / KVJS

FASD: KVJS leistet wertvolle Aufklärungsarbeit

Regionale Veranstaltungen bieten Austausch und Vernetzung vor Ort

FASD ist ein Thema, das alle angeht. Unter den Fetalen Alkoholspektrumstörungen leiden Betroffene erheblich, meist ein Leben lang. Dass die Nachfrage nach Information und Aufklärung groß ist, zeigten vier Regionalfachtage. Sie sind Ergebnis des gemeinsamen Engagements des Landes Baden-Württemberg und des KVJS.

„Wir wollen Sie ermutigen, Botschafterinnen und Botschafter für das Thema FASD in Ihrem Arbeitsalltag zu werden“, richtete Gerald Häcker, Leiter des KVJS-Landesjugendamts, das Wort direkt an die Teilnehmer des letzten FASD-Regionalfachtags in Heilbronn. Die Veranstaltung markierte den Schlusspunkt einer vierteiligen Reihe von entsprechenden Fachtagen in Baden-Württemberg. Zuvor kamen in diesem Jahr bereits in Karlsruhe, Freiburg und Tübingen Fachkräfte zusammen, um sich umfassend über das Thema zu informieren. „FASD ist in der Öffentlichkeit nicht hinreichend bekannt. Und nicht selten kommt



Dezernent Gerald Häcker begrüßte die Teilnehmer des FASD-Regionalfachtags in Heilbronn. Foto: © Juliane Fritz / KVJS

es erst im Erwachsenenalter zu einer Diagnose. Dabei müssen die Betroffenen so früh wie möglich gezielt gefördert und unterstützt werden“, so der Dezernent.

FASD ist zu 100 Prozent vermeidbar

Alkoholkonsum in der Schwangerschaft ist die häufigste Ursache für nicht erblich bedingte Anomalien, Entwicklungsstörungen und Behinderungen bei Neugeborenen. Hinter der Abkürzung FASD verbergen sich Fetale Alkoholspektrumstörungen, die durch Abstinenz der werdenden Mutter komplett vermeidbar wären. Und es reichen bereits kleine Mengen Alkohol, um großen Schaden anzurichten. Umso bedeutsamer ist es, konsequent Aufklärung zu betreiben – in der Gesellschaft sowie im Gesundheits- und Sozialsystem.

Die allesamt gut besuchten Regionalfachtage wurden im Rahmen der Präventionsprogramme des Landes (Sozialministerium) vom KVJS geplant, organisiert und durchgeführt.

FASD-Fortbildungen 2024

Um weiterhin Aufklärung und Information rund um das Thema FASD zu bieten, wird es auch im kommenden Jahr Fortbildungsveranstaltungen des KVJS geben:

Fetale Alkoholspektrumstörung – Pädagogik anders denken

Psychoedukation – hilfreiche Strategien für den pädagogischen Alltag

3. bis 4. Juni 2024

6. November 2024 (Reflexionstag)

FASzinierenD – Pädagogik anders denken Erwachsen werden mit FASD

Fetale Alkoholspektrumstörung – Psychoedukation – hilfreiche Strategien für den pädagogischen Alltag

7. November 2024

Vernetzung gefragt

Zielgruppe waren unter anderem Fachkräfte der Bereiche Kinder- und Jugendhilfe, Jugendarbeit, Schulsozialarbeit, Sucht/Prävention, Frühe Hilfen und Schwangerschaftsberatung. Im Mittelpunkt standen medizinische Fachvorträge zu Ursache, Symptomatik, Verlauf und Hilfen sowie die Vorstellung verschiedener FASD-Organisationen und Netzwerke. Die Teilnehmer lobten, dass FASD aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchtet wurde und Aspekte wie Diagnostik, Selbsthilfe und Umgang mit dem Krankheitsbild zur Spra-

che kamen. Die Möglichkeit des kollegialen Austauschs wurde im Nachgang ebenso positiv hervorgehoben. „Nutzen Sie hier die Gelegenheit mit den anderen Teilnehmenden ins Gespräch zu kommen, um sich regional zu vernetzen – damit die Betroffenen schneller Unterstützung erfahren können und davon profitieren“, lud auch Gerald Häcker zum intensiven Dialog ein: „Als Fachkräfte nehmen Sie eine zentrale Scharnierfunktion ein und haben einen wichtigen Auftrag, wenn es um die Begleitung und Entlastung der Betroffenen und ihrer Angehörigen geht.“

Ulrike von Siegroth

Erprobungsparagraf: mehr Flexibilität für individuelle Lösungen

Das Kabinett hat einen Gesetzentwurf zur Einführung des so genannten Erprobungsparagrafen beschlossen. Damit sollen Träger von Kindertageseinrichtungen die Möglichkeit erhalten, von Regelungen des Kindertagesbetreuungsgesetzes (KiTaG) und der Kindertagesstättenverordnung (KiTaVO) abzuweichen und innerhalb eines rechtssicheren Rahmens neue Modelle zu erproben. Die Gesetzesänderung soll es den Kindertageseinrichtungen in Baden-Württemberg ermöglichen, vor Ort passende Lösungen zu entwickeln, die den Bedürfnissen der Kinder und Eltern in verschiedenen Kommunen gerecht werden. Die Regelung sieht vor, dass der jeweilige Träger vor Ort ein Konzept erarbeitet und dieses mit den örtlichen Beteiligten – sowie gegebenenfalls mit den übrigen aufsichtsführenden Behörden – abstimmt. Danach ist beim Kommunalverband für Jugend und Soziales (KVJS) die Erprobung des Konzepts zu beantragen. „Obwohl wir seit Jahren massiv und sehr erfolgreich Ausbildungskapazitäten und Ausbildungswege für pädagogisches Fachpersonal in den Kindertageseinrichtungen ausgebaut haben, ist der Bedarf anhaltend hoch“, sagt Staats-



Verbandsvorsitzender Gerhard Bauer begrüßte Staatssekretär Volker Schebesta (re.) in der jüngsten Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses am 18. Oktober. Schebesta war für den persönlichen Austausch zum Erprobungsparagrafen gekommen, der kurz zuvor im Kabinett beschlossen wurde. Foto: © Ulrike von Siegroth/KVJS

sekretär Schebesta und ergänzt: „Daher arbeiten wir gemeinsam mit den vielen anderen Akteuren weiter daran, Lösungen für die aktuellen Herausforderungen zu entwickeln.“

Pressemitteilung des Ministeriums für Kultus,
Jugend und Sport vom 18.10.2023

Weiterknüpfen am Netzwerk

Forschungsprojekt Frühe Hilfen und Psychiatrie zieht Bilanz

3,8 Millionen Kinder leben in Deutschland mit einem psychisch kranken oder suchtkranken Elternteil. Ihr Risiko für Entwicklungsstörungen ist hoch. Wie können die vorhandenen Angebote sinnvoll ausgebaut und besser verknüpft werden?

Zwei Jahre lang untersuchte das KVJS-Forschungsprojekt „Frühe Hilfen und Psychiatrie Hand in Hand“ die Situation in Baden-Württemberg. Ziel war ein wissenschaftlich fundierter Beitrag zur praxisrelevanten Weiterentwicklung der Strukturen und interdisziplinären Zusammenarbeit. Auf einem mit knapp 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern gut besuchten Fachtag in der Evangelischen Akademie Bad Boll wurden nun die Ergebnisse vorgestellt.

Kindertagesstätten und Kindertagespflege sind für Eltern mit Suchtproblematik oder psychischer Erkrankung frühe und wichtige Wegweiser ins Hilfesystem. Dafür brauchen die Fachkräfte verbindliche Ansprechpartner und Anlaufstellen sowie spezifische Fortbildungsangebote, so ein Fazit des

Forschungsprojekts. Wichtig ist die Einbindung in ein gut funktionierendes Netzwerk aller relevanten Angebote aus Jugendhilfe und Psychiatrie.

KiTas wichtige Weichensteller

„Was kann ich in der Kommune erreichen?“ fragte Professorin Ute Ziegenhain, in Ihrem Vortrag. Ziegenhain ist die Leiterin der Sektion Pädagogik, Jugendhilfe, Bindungsforschung und Entwicklungspsychopathologie an der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie/Psychotherapie des Universitätsklinikums Ulm, dem Forschungspartner des KVJS. Ziegenhain stellte fünf Handlungsempfehlungen als Ergebnis des Forschungsprojekts vor. Der Ausbau lokaler Netzwerke steht dabei im Fokus.

Alle Informationen zum Forschungsprojekt ...

... finden Sie online unter www.kvjs.de/forschung/kvjs-forschung/projekte/fruehe-hilfen-und-psychiatrie. Dort stehen auch folgende Materialien zum Herunterladen zur Verfügung:

- Kurzfassung des Forschungsberichts
- Powerpoint-Präsentation von Prof. Dr. Ute Ziegenhain der Abschlussveranstaltung
- Ein Mitschnitt der Podiumsdiskussion auf der Abschlussveranstaltung
- Ende des Jahres wird außerdem der Abschlussbericht des Forschungsprojekts dort zur Verfügung stehen.



Ute Ziegenhain stellte die Forschungsergebnisse vor.
Foto: © Andreas Reuter

Neben der Weiterentwicklung lokaler Netzwerkstrukturen lautet eine Empfehlung, die bereits in Baden-Württemberg erfolgreich etablierten Interprofessionellen Qualitätszirkel Frühe Hilfen (IQZ) für die verbesserte Einbindung der Erwachsenenpsychiatrie zu nutzen. Ebenso wichtig ist eine systematische Kooperation mit Krankenkassen aus kommunaler und Landesebene.

Netzwerke, Qualitätszirkel, Entstigmatisierung

Als Bindeglied zwischen den kommunalen Akteurinnen und Akteuren im interdisziplinären Netzwerk einerseits und der politischen Entscheidungs- und Auftragsebene andererseits, empfiehlt das Forschungsteam die Etablierung einer Steuerungs- und Lenkungsgruppe. In ihr sollten Jugendamt, Gesundheitsamt, Planerinnen und Planer

aus Jugendhilfe, Suchthilfe und Psychiatrie und psychiatrische Fachleute jeweils der mittleren und höheren Leitungsebene zusammenkommen.

Ute Ziegenhain stellte zur Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure vor Ort fest: „Wir sind ein ganzes Stück weitergekommen.“ Das gilt es auszubauen und zu verstetigen. Unter dem Stichwort „Verbindlichkeit schaffen“ ist daher eine weitere Empfehlung, schriftliche Kooperationsvereinbarungen zwischen den Hilfesystemen vor Ort abzuschließen. Damit würde eine verbindliche und dauerhafte Zusammenarbeit auch beim Wechsel von Personen in bestimmten Funktionen gewährleistet werden. Und nicht zuletzt komme es darauf an, psychische Erkrankungen zu entstigmatisieren. Nun wird der KVJS daran arbeiten, die Erkenntnisse für die Praxis vor Ort nutzbar zu machen.

Monika Kleusch

Wie es jetzt weitergeht

Herr Dr. Heck, mit den Erkenntnissen aus dem Forschungsprojekt tritt der KVJS jetzt in die Transferphase ein, um die Ergebnisse vor Ort bekannt zu machen. Wie wird das aussehen?

Durch den Kurzbericht und die Abschluss-tagung haben sich viele Ideen und Ansatzpunkte ergeben, wie der Transfer gestaltet werden könnte. Gute Transferangebote müssen wohl überlegt sein, sonst treffen sie den Bedarf nicht richtig. Wir sind derzeit in der Konzeption begriffen.

Sind Fortbildungen zum Thema bereits fest geplant?

Ja, auf jeden Fall. Denn uns fiel auf, dass alle Städte und Kreise von der Kenntnis spezifischer Standorte profitieren, sprich wertvolle Impulse bekommen – selbst wenn die Gegebenheiten lokal andere sind.



Dr. Justus Heck ist beim KVJS zuständig für die Bereiche Forschung und Fortbildung. Foto: © Julia Holzwarth

Was bedeutet das genau?

Für 2024 organisieren wir aktuell eine Serie von kompakten Online-Veranstaltungen. Damit wollen wir Teilnehmern sowohl Einblicke in konkrete Standorte geben als auch den Austausch untereinander ermöglichen und fördern.

Herausforderendes Verhalten multiprofessionell betrachtet



Herausforderndes Verhalten von Kindern verlangt dem Kita-Personal einiges ab. Foto: © contrastwerkstatt - stock.adobe.com

Kinder, die herausforderndes Verhalten zeigen, bedürfen besonderer Aufmerksamkeit der Erzieher beziehungsweise der pädagogischen Kräfte. Eine Aufgabe, die anspruchsvoll und zeitintensiv zugleich ist. Wie kann man diesem Verhalten in Kindertageseinrichtungen begegnen? Wie gelingt der fachkundige Umgang damit? Der KVJS bietet 2024 eine Reihe spezieller Fortbildungen an, die sich mit diesen Fragen beschäftigen. Neben Präsenz- und Online-Veranstaltungen gibt es im kommenden Jahr unter anderem das neue Inhouse-Seminar „Herausforderndes Verhalten von Kindern profes-

sionell begegnen“. Es richtet sich an ganze Kita-Teams, um die Mitarbeiter zu befähigen, individuell ausgerichtete Handlungsstrategien zu entwickeln und anzuwenden.

Um der Komplexität der Thematik gerecht zu werden, setzt sich der Verband für eine interdisziplinäre Betrachtung ein und arbeitet an weiteren Fortbildungsangeboten, beispielsweise unter Beteiligung des Medizinisch-Pädagogischen Dienstes (MPD). Dieser ist als multidisziplinär zusammengesetzter Fachdienst beim KVJS angesiedelt.

Ulrike von Siegroth

Fortbildungsprogramme 2024 sind da

Jugendhilfe, Kindertagesbetreuung, Schwangerschaftsberatung, Betreuungsrecht und vieles mehr. Genau so vielfältig wie die Themen sind die Formate, die die KVJS-Fortbildung anbietet. Seminare, Workshops und Fachtage. Online oder als Präsenzveranstaltung. Dies wird auch im kommenden Jahr so sein, in gewohnter Qualität: Für 2024 hat der Verband als Kompetenz- und Dienstleistungszentrum ein umfangreiches Programm auf die Beine gestellt, um den Wissenstransfer zu

sichern und den kollegialen Austausch zu fördern – auch über den Tellerrand hinaus. Unsere Veranstaltungsangebote bringen Sie auf den aktuellen Stand und eröffnen zahlreiche Möglichkeiten für eine kluge Vernetzung.

Die Fortbildungsprogramme für 2024 sind in Kürze online abrufbar und stehen dann zum Download bereit. Schauen Sie rein unter: www.kvjs.de/fortbildung

Ulrike von Siegroth

Neu erschienen

Symbolbild Broschüren.
Foto: © fotofabrik - stock.adobe.com

Alle Publikationen des KVJS sind kostenlos. Sie stehen auch im Internet unter www.kvjs.de/der-kvjs/service/publikationen-und-videos/ zum Download zur Verfügung.

Soziales

Fokus Pflege 2021 bis 2035 – Planungsperspektiven für die Stadt- und Landkreise, Juli 2023.

Angesichts des Fachkräftemangels und der damit verbundenen Herausforderungen für die Sicherstellung der pflegerischen Versorgung ist die Kenntnis über zukünftige Entwicklungen grundlegend. Zum dritten Mal in Folge bietet der KVJS mit seiner Publikation einen Blick in die Zukunft, um die Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg bei der Planung und Weiterentwicklung der Pflegeinfrastruktur zu unterstützen.

Bestellung:

Silvia Kiraly
Telefon 0711 6375-237
Silvia.Kiraly@kvjs.de

Jugend

Kurzbericht Forschungsvorhaben Frühe Hilfen und Psychiatrie Hand in Hand, September 2023.

Ziel des Forschungsprojektes war es, zur praxisrelevanten Weiterentwicklung der Strukturen und interdisziplinären Zusammenarbeit in Baden-Württemberg beizutragen. Untersucht wurden Gelingensfaktoren ebenso wie Reibungsverluste in der Zusammenarbeit zwischen den Frühen Hilfen bzw. anderen niederschweligen Hilfesystemen.

Online verfügbar

Kinder- und Jugendhilfe im gesellschaftlichen Wandel, Juli 2023.

Der Bericht berücksichtigt sowohl die Auswirkungen des demografischen Wandels als auch aktuelle Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und Familien in Baden-Württemberg. Hierfür wurden vielfältige Daten auf Bundes- und Kreisebene aufbereitet sowie Studien, Berichte und Positionspapiere einbezogen. Darüber hinaus finden sich im Bericht Leitfragen für die Weiterarbeit auf der örtlichen Ebene für alle relevanten Arbeitsfelder.

Bestellung:

Diane Geiger
Telefon 0711 6375-406
diane.geiger@kvjs.de

Digitalmagazin ZB:

Relevante Infos zu Behinderung und Beruf neu verpackt!

Anschauliche Filme, aktuelle Rechtsprechung, schnelles Teilen von Inhalten: Das bietet das neue Digitalmagazin ZB Behinderung & Beruf. In der zusätzlichen Regionalausgabe Baden-Württemberg erfahren Sie Neues aus „the Länd“!

Schwerbehindertenvertretungen, Interessenvertretungen und Inklusionsbeauftragte können sich mit dem Digitalmagazin auf dem Laufenden halten. Und das vier Mal im Jahr. Es hat die bekannte ZB in Papierform abgelöst. Einblick in das neue Konzept bietet ein kleines Video auf der Internetseite der BIH: www.bih.de/bih/

Oder gleich das Magazin kostenlos abonnieren unter www.bih.de/integrationsaemter/zb-magazin/digitales-abo/



KVJS

**Kommunalverband
für Jugend und Soziales
Baden-Württemberg**

Postanschrift
Postfach 10 60 22
70049 Stuttgart

Hausanschrift
Lindenspürstraße 39
70176 Stuttgart
Telefon 07 11 63 75-0

info@kvjs.de
www.kvjs.de